

ASIEN

# Konflikt der Worte

**Frank Sieren** glaubt nicht an einen zufälligen Krieg zwischen China und Japan.



leitradar auf ein japanisches Schiff und einen Hubschrauber gerichtet. Die Chinesen glauben, ihr Luft- und Seeraum sei verletzt worden.

Dennoch ist ein Krieg aus Versehen nach wie vor sehr unwahrscheinlich. Zwar geht es bei den Scharmützeln um diese paar kleinen, unbewohnten Inseln um mehr als um Rohstoffe. Es sind alte Geschichten, weswegen die beiden sich kulturell so nahen Nationen sich ständig in die Wolle kriegen. Es ist vor allem verletzter Stolz: Chinesen tragen den Japanern unter anderem nach, dass sie sich nicht richtig für ihren Überfall auf China im Zweiten Weltkrieg entschuldigt haben, und schüren diese Gefühle in der Schule noch. Die Japaner bedrückt, dass sie nun als Großmacht womöglich für immer im Schatten der Chinesen stehen werden.

So staut sich Wut auf, mit der sich gut Politik machen lässt. In der japanischen Demokratie ebenso wie in der chinesischen Diktatur. Für einen Krieg jedoch steht für beide Seiten zu viel auf dem Spiel. China hat ein großes Interesse daran, als ein Land in der Region zu gelten, das sich zwar nicht die Butter vom Brot nehmen lässt, aber dennoch mit seinen Nachbarn gut auskommt und deshalb als Geschäftspartner verlässlich ist. Japan wiederum kann es sich nicht leisten, sich mit seinem größten Absatzmarkt und Produktionsstandort anzulegen. Selbst im Krisenjahr 2012 haben die Japaner in China viel mehr investiert als im Jahr zuvor.

Aber könnten nicht trotzdem innenpolitische Versuchungen die außenpolitische Vernunft vergessen lassen? Kaum. Chinesen und Japaner ärgern sich übereinander. Aber ihnen ist der Konflikt nicht so wichtig, als dass sie dafür ihren Wohlstand aufs Spiel setzen würden. Vor allem den Japanern nicht, deren Wirtschaft sich in einer langen Phase der Stagnation befindet. Aber auch die Chinesen haben Besseres zu tun. Einzelne Gruppen sind im vergangenen Jahr handgreiflich geworden, und es sind auch ein oder zwei Toyota-Shops in Flammen aufgegangen. Aber Japaner sind in China sicherer als Türken in Deutschland. Von der Erzfeindschaft der Deutschen und Franzosen bis in die 50er-Jahre ganz zu schweigen.

Japanische Produkte finden nach einer kurzen Unterbrechung in China reißenden Absatz, die japanischen Restaurants sind gut gefüllt. Und auch die Massendemonstrationen in Peking, auf die die chinesische Regierung womöglich sogar gehofft hatte, sind im vergangenen Jahr weitestgehend ausgeblieben. Die meisten Demonstranten mussten mit Bussen angekartet werden. Die Chinesen haben zwar über die Japaner geschimpft, für antijapanische Demos war ihnen die Zeit dann aber doch zu schade.

**Der Bestsellerautor gilt als einer der führenden Chinakenner.** Sie erreichen ihn unter: [www.sieren.net/](http://www.sieren.net/) [sieren@handelsblatt.com](mailto:sieren@handelsblatt.com)

## WORTE DES TAGES



„Wenn es Unvernünftige gibt, dann werde ich versuchen, sie zur Vernunft zu bringen. Bis zu einem gewissen Punkt.“

**François Hollande,**  
Frankreichs Präsident

### LEITARTIKEL

# Schwacher Start ins Wahljahr

Der Regierung Merkel stehen harte Zeiten bevor, prophezeit **Thomas Sigmund.**



**E**in jeder kämpft für sich allein.“ Dieses Fanal hatte die Kanzlerin und CDU-Chefin direkt nach der verlorenen Landtagswahl in Niedersachsen gesetzt, und alle in der schwarz-gelben Koalition wissen trotz gegenseitiger Treuschwüre seitdem: Die Zeitenwende im Verhältnis CDU/CSU und FDP ist eingeläutet. Die einst launige Bemerkung von Angela Merkel, die Liberalen seien eine Prüfung Gottes, ist zum Memento geworden. Merkel kann sich nach der Wahlschlappe in Hannover nicht mehr unangefochten fühlen, ihre Kanzlerschaft ist bei der nahenden Bundestagswahl kein Selbstläufer mehr.

Wie schön war die Welt im Jahr 2009, als alles anfing. In der Prämambel des Koalitionsvertrags vom 26. Oktober 2009 formulierten CDU, CSU und FDP in ihrer Anfangseuphorie: „Wir stellen den Mut zur Zukunft der Verzagtigkeit entgegen!“ Angela Merkel verkündete zu Beginn ihrer zweiten Amtszeit forsch, im Mittelpunkt sollten „Wachstum, Bildung und Zusammenhalt“ stehen. Wirtschaft und Wähler hatten die Regierung mit großen Erwartungen gewählt und gehofft, die Koalition würde Deutschland zu einer Reformwerkstatt machen.

Doch über drei Jahre später, kurz vor Ende der Legislaturperiode kann jeder erkennen: Aus der Wunschehe ist eine Scheinehe geworden. Die Partner haben sich in der Sozial- und Wirtschaftspolitik nicht mehr viel zu sagen. Beispiel Haushaltsplanung 2014: Vom beschworenen Zusammenhalt ist, wenn es ums Geld geht, nach den ewigen Streitereien nichts mehr zu spüren. Unions- und FDP-geführte Ministerien fühlen sich jeweils vom anderen systematisch über den Tisch gezogen.

Beispiel Energiewende: Das Gelöbnis von Wirtschaftsminister und Umweltminister, gemeinsam an einem Strang zu ziehen, ist vergessen. Kaum legt CDU-Mann Peter Altmaier seine Pläne zur Kürzung der Ökostromumlage vor, schon keilt FDP-Mann Philipp Rösler dagegen. Beispiel Mindestlohn: Je mehr sich die Union auf einen flächendeckenden Mindestlohn zubewegt, desto vehementer sperrt sich die FDP.

Die endlos erscheinende Liste lässt sich am besten so zusammenfassen: an allen Ecken und Enden Streit und Zwist. Selbst bei der Frauenquote oder den Sicherheitsgesetzen kracht's. Nur wenig bis nichts ist bei den Symbolthemen, die CDU und FDP in der Opposition so versiert spielten, herausgekommen. Auch der Dauerkonflikt über Steuersenkungen endet mit einer Minimallösung bei der kalten Progression - und steckt im Bundesrat fest. Beim Koalitionsausschuss vor zwei Wochen reichte die Kraft nur noch, einen Wahltermin zu vereinbaren. Eine blamable Bilanz.

Hinzu kommt für traditionsbewusste konservative Wähler: Die Union rutscht trotz Warnung ihrer Stammwähler und ihres Wirtschaftsflügels politisch nach links - nicht etwa in Rich-

tung Mitte, sondern in Richtung SPD. Doch je radikaler der Schwenk ausfällt, desto schärfer werden die Konflikte mit der FDP im Endspurt um die Wähler ausfallen, da diese jetzt ihre Chance wittert, in die Mitte vorzustößen.

Das ist eine fatale Entwicklung für Schwarz-Gelb, die sich wohl niemand so vorgestellt hätte. Doch die allenthalben zu besichtigende Zwierrat kommt nicht von ungefähr. Zwar waren auch die Flitterwochen von Rot-Grün nach dem Regierungsstart 1998 ins Wasser gefallen. Doch nach einem zerstrittenen Jahr raufte sich SPD und Grüne zusammen, und man segelte im Windschatten der CDU-Parteispendenaffäre lange Zeit zwar uninspiriert, aber ruhig dahin. Erst der vehemente Druck von außen, als über fünf Millionen Arbeitslose in Deutschland für Alarmstimmung sorgten und Deutschland als Europas angebliches Schlüssellicht traurige Rekorde einfuhr, brachte die stärkste wirtschaftliche Leistung von Altkanzler Gerhard Schröder in dessen Regierungszeit hervor: die Agenda 2010, die Rot und Grün unter immensen Erfolgszwang setzte und zusammenschweißte.

Ein ähnliches gemeinsames bürgerliches Projekt ist Schwarz-Gelb nicht eingefallen. Die Union setzt inzwischen nur noch schicksals ergeben auf die Beliebtheit der Kanzlerin beim Wähler. Die FDP wird Merkel, auch wenn diese es nicht will, in einen Lagerwahlkampf zwingen. Die Zentrifugalkräfte in der Koalition wirken schon deshalb immer stärker. Von Zusammenschweißen, Gemeinsamkeit oder programmatischen Übereinkünften kann selbst im Wahljahr keine Rede sein.

Die einzige gute Nachricht für Merkel & Co. kommt von außen: SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück kann sich bisher nicht als gefährlicher Herausforderer der Kanzlerin etablieren. Mit seinen Steuerplänen hat er sich ausgerechnet bei denen aus dem Rennen genommen, die er vor allem für die SPD gewinnen will - die bürgerliche Mitte. Der Mittelstand und ein Großteil der Familienunternehmen sind sich zu einig: Ein Anstieg des Spitzensteuersatzes von 42 auf 49 Prozent und vor allem die Wiedereinführung der Vermögensteuer sind Teufelswerk. Kein Wunder also, dass die CDU vielen noch als das wirtschaftspolitisch kleinere Übel erscheint.

Mehr als Augen zu und durch ist in den nächsten Monaten also kaum drin für Schwarz-Gelb. In einer solchen Situation dürfen sich die beiden Scheidungsanwärter sogar noch damit trösten, dass der jeweilige Koalitionspartner bisher nur einen äußerst verschämten Blick auf andere Optionen geworfen hat. Die Versuchung jedoch, aus der unheiligen Zwangsgemeinschaft auszubrechen, ist groß. Der Koalition stehen sehr ungemütliche Zeiten bevor.

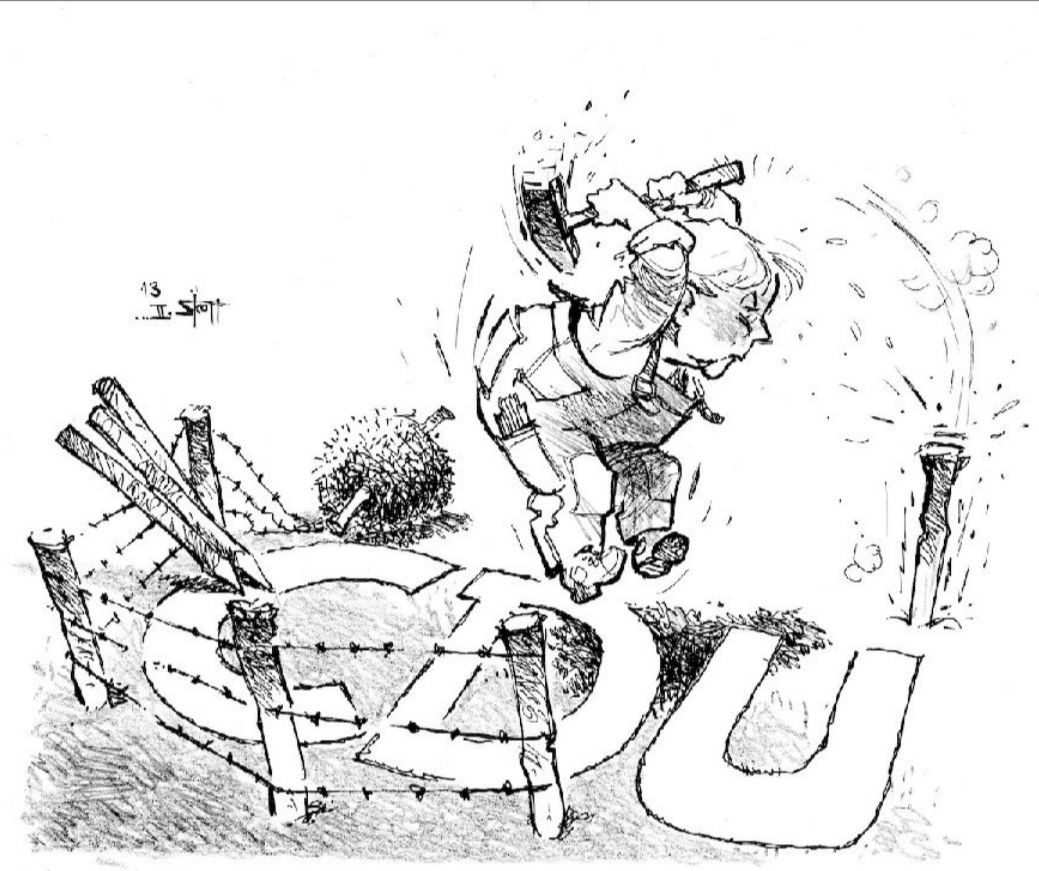
**Der Autor ist stellv. Leiter des Hauptstadtbüros.** Sie erreichen ihn unter: [sigmund@handelsblatt.com](mailto:sigmund@handelsblatt.com)

„Wir müssen nach außen deutlich machen, dass wir in Europa in der Lage sind, Beschlüsse zu fassen.“

**Jean-Claude Juncker,**  
Luxemburgs Ministerpräsident

„Bei Philipp Rösler würde ich allerdings gerne wissen, ob unsere Gesellschaft schon so weit ist, einen asiatisch aussehenden Vizekanzler auch noch länger zu akzeptieren.“

**Jörg-Uwe Hahn,**  
Integrationsminister in Hessen



### GASTKOMMENTAR

# Spanische Mythen

**D**ie neuen Zahlen vom Arbeitsmarkt und der Aufruf von Angela Merkel beim spanisch-deutschen Gipfel, sich der Jugendarbeitslosigkeit anzunehmen, haben dieses brennende Thema wieder auf den Tisch gebracht. Dabei gibt es hier eine Reihe von Mythen, die hinterfragt werden sollten.

Zunächst einmal ist die Arbeitslosenrate zwar astronomisch hoch, aber kaum höher als in den anderen beiden Wirtschaftskrisen, die die spanische Wirtschaft in den letzten 30 Jahren durchlitten hat. Wir haben es also mit etwas Strukturellem zu tun: Die traditionelle Rigidität des spanischen Arbeitsmarktes erschwert die Wiedereingliederung von Arbeitnehmern aus schrumpfenden Branchen in neue Sektoren. Auch entlassen die Unternehmen im Falle eines deutlichen Nachfragerückgangs lieber Beschäftigte, statt niedrigere Löhne auszuhandeln oder die interne Mobilität zu erhöhen.

Gewerkschaften und einige Analysten machen die vor wenigen Monaten verabschiedete Arbeitsmarktreform für den rapiden Schwund von Jobs verantwortlich. Tatsächlich aber ist eine auch nur annähernd glaubwürdige Evaluierung der Arbeitsmarktreform mit den bisher vorhandenen Informationen nicht möglich. Vielleicht wäre die Arbeitslosenrate ohne die Reform noch mehr gestiegen.

Viele nationale und ausländische Analysten, einschließlich Paul Krugman, sprechen vom Drama der Jugendarbeitslosigkeit in Spanien. Tatsächlich ist eine Arbeitslosigkeit von 55,1 Prozent bei den unter 25-Jährigen extrem. Das Verhältnis der Jugendarbeitslosigkeit zur gesamten Arbeitslosigkeit liegt aber nahe dem Durchschnittsni-

veau der OECD. Das Problem ist also nicht so sehr die Jugendarbeitslosigkeit, sondern die gesamte Arbeitslosenrate (26 Prozent). Weiter wird argumentiert, junge Akademiker seien weniger stark von Arbeitslosigkeit betroffen als schlechter Ausgebildete. Aber das liegt daran, dass die Akademiker Arbeitsplätze besetzen, für die sie überqualifiziert sind. Damit wird ein anderes endemisches Problem des spanischen Arbeitsmarktes verschlimmert: der Exzess an Qualifizierung. Verglichen mit den Anforderungen des Arbeitsplatzes, liegt sie doppelt so hoch wie im OECD-Durchschnitt. Spanien produziert jedes Jahr viele Akademiker, die Wirtschaft ist aber zentriert auf die Branchen Tourismus und Bau, die wenig Bedarf an hochqualifizierten Kräften haben.

Angesichts dieser Lage überwinden viele spanische Akademiker ihre traditionelle Abneigung gegenüber der Mobilität und suchen Arbeit in anderen EU-Ländern. Anscheinend sind wir gut darin, Akademiker mit einem international anerkannten Bildungsstand zu formen. Das heißt, wir besitzen einen Wettbewerbsvorteil in einem Sektor, der viel Mehrwert generiert. Gerade so etwas haben wir doch gesucht, um uns besser für die Zukunft aufzustellen.

Wäre es schlimmer, wenn Spanien zum größten Produzenten von europäischen Akademikern wird? Nein, im Gegenteil. Aber die Kürzung der Mittel für öffentliche Universitäten um etwa 18 Prozent binnen dreier Jahre bedeutet, dass das Bildungssystem an seine Grenzen gebracht wird.

**Der Autor ist Wirtschaftspräsident an der Universität Pompeu Fabra.** Sie erreichen ihn unter: [gastautor@handelsblatt.com](mailto:gastautor@handelsblatt.com)

### BANKAUFSICHT

# Macht ohne Rechenschaft

Italien beweist für **Norbert Häring**, dass Notenbanker Banken nicht beaufsichtigen dürfen.



**M**ario Draghis Vorgänger als italienischer Notenbankchef, Antonio Fazio, säße für vier Jahre im Gefängnis, wenn ihn sein Alter nicht davor bewahren würde. Doch er ist ein Extremfall. Normalerweise werden Notenbanker für Fehler und Machtmissbrauch bei der Bankaufsicht nicht zur Rechenschaft gezogen.

Es musste seinerzeit massiver und eigentlich illegaler politischer Druck auf den korrupten Notenbankpräsidenten ausgeübt werden, damit er zurücktrat. Denn Notenbanken sind in Europa von der Politik völlig unabhängig. Die Regierung kann ihre Funktionsträger nicht absetzen, obwohl deren Entscheidungen und Fehlentscheidungen, wie man in Italien gesehen hat, die Steuerzahler Milliarden kosten können.

Auch Mario Draghi, inzwischen Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), die bald alle Banken im Euro-Raum beaufsichtigen soll, wird von seiner Vergangenheit als italienischer Bankaufseher eingeholt. Er hat zugelassen, dass die Bank Monte dei Paschi di Siena für über neun Milliarden Euro eine Bank kaufte, die die Verkäuferin nur wenige Monate zuvor für drei Milliarden weniger gekauft hatte. Monte dei Paschi musste wegen der überzogenen Ausgaben später vom Steuerzahler gerettet werden.

Auf der EZB-Pressekonferenz am Donnerstag lieferte Draghi selbst die Begründung, warum es eine schlechte Idee ist, der politisch unabhängigen EZB die Bankaufsicht zu übertragen. Unabhängigkeit der Notenbank, Glaubwürdigkeit und Preisstabilität gehören zusammen, sagte er. Kein Wort von Bankaufsicht. Aus gutem Grund.

Die EZB will so tun, als hätten die Teile von ihr, die künftig Banken beaufsichtigen, nichts mit denen zu tun, die Geldpolitik betreiben. Aber Unabhängigkeit will sie für beide Teile. Dem unter Notenbankern viel diskutierten „Reputationsrisiko“, das aus der Bankaufsicht erwächst, will sie am liebsten dadurch abhelfen, dass sie zwar de facto alle Macht in die Hände bekommt, aber eine Bankaufsichtspräsidentin von außen als Gesicht der Behörde und bei Bedarf als Blitzableiter fungiert - damit auch bei sehr teuren Fehlern die Reputation der EZB keinen Schaden nimmt. Demokratie trägt sich nicht mit solchen Arrangements, die einer technokratischen Elite maximale Macht bei minimaler Verantwortung geben.

**Der Autor ist Ökonomie-Korrespondent.** Sie erreichen ihn unter: [haring@handelsblatt.com](mailto:haring@handelsblatt.com)